

Bestellbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencische 3
Verlagsredaktion: Dönhofs 292-295
Tel.-Abteilung: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencische 3
Verlagsredaktion: Dönhofs 292-295

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Auswärtige Debatte im Unterhause.

Scharfe Kritik der Arbeiterpartei.

London, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlauf der weiteren Unterhausdebatte ergriff der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Sir Ronald Mac Neill, am Mittwoch das Wort. Er führte u. a. aus: Die gegenwärtige Politik bedarf im wesentlichen der Kontinuität. Die gegenwärtige Regierung trägt die Verantwortung für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten seit nur wenig mehr als zwölf Monaten. Infolgedessen sind alle die Schwierigkeiten und alle Probleme, mit denen sich die jetzige Regierung beschäftigen mußte, nicht entstanden, als diese Regierung die Verantwortung trug, sondern sie sind geerbt worden nicht nur von einer Regierung, sondern von vielen vorangegangenen Regierungen. Mac Neill hob bei dieser Gelegenheit hervor, daß Lord Gren, der einstmalige liberale Außenminister war, es stets vermieden habe, die jetzige Regierung wegen ihrer auswärtigen Politik zu tadeln. Diese Politik ist streng darauf gerichtet gewesen, nach dem Buchstaben und nach dem Geiste des Versailler Vertrages zu handeln. Die Regierung hat ihr Bestes getan, um den Vertrag, die Entente und die Freundschaft mit Frankreich aufrechtzuerhalten und gleichzeitig dem französischen Bundesgenossen klarzumachen, daß man ihn in ihnen Methoden nicht unterstützen könnte. Besonders England hat ihm Märgenheit, daß es bei dem Einspruch verharre, den Bonar Law gegen die Ruhrpolitik erhob, es weiterhin ablehne, irgendeinen Anteil an dieser Politik zu tragen und sich im Gegenteil von all den Konsequenzen dieser Politik loszulösen.

Bezüglich der Separatistenbewegung im besetzten belgischen Gebiet erklärte Mac Neill, daß die britische Regierung den Standpunkt eingenommen hätte, keiner separatistischen Bewegung, die auf die Unabhängigkeitserklärung eines Staates, der einen Bestandteil des deutschen Reiches bildet, hinauslaufe, ihre Sanktion zu erteilen. Wenn aber das, was gefordert werde, nicht die Separation, sondern die Errichtung autonomer Staatswesen innerhalb des deutschen Reiches sein würde, dann wäre dies eine Sache, in die sich die britische Regierung nicht einmischen würde, vorausgesetzt aber, daß ein genügender Beweis dafür vorliege, daß es sich um den Willen der Bevölkerung handle.

Es ist zum größten Teil dem Einfluß der britischen Regierung und ihrer weitgehenden Unterstützung durch die belgischen Bundesgenossen zu verdanken, daß die Bewegung in dem größten Teil des belgischen Gebietes ihr natürliches Ende bereits gefunden hat. In der Pfalz hat die Bewegung etwas größere Dimensionen angenommen, aber die britische Regierung ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die dortige Bewegung, welchen Charakter sie auch in ihrem Anfangsstadium gehabt haben möge, jedenfalls jetzt keine ehrliche Bewegung ist. Die britische Regierung hat einen Vertreter nach der Pfalz entsandt, um eine Untersuchung vorzunehmen, aber bis heute morgen keinen Bericht von ihm erhalten. Es sei zu hoffen, daß diese Informationen einen Fortschritt bedeuten würden, der die Regierung in die Lage versetzt, zu einem klaren Entschluß bezüglich der zu unternehmenden Schritte zu gelangen.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde an den Handelsminister Sir Philip Lloyd George eine Frage bezüglich der Rückwirkung der deutsch-französischen Industrieabkommen auf die belgischen Interessen gerichtet. Der Minister antwortete, daß die belgischen Interessen berührt werden könnten, sowohl durch unmittelbare Stahloerläufe der französischen und belgischen Regierung wie auch mittelbar durch das Vorhandensein von angehäuftem Stahls von Rohmaterialien in dem besetzten Gebiet. Diese Stahls seien außerordentlich groß, ihr Wert würde auf 2 bis 4 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Entsprechende Vorstellungen seien deshalb bereits von der englischen Regierung erhoben worden mit dem Ergebnis, daß Frankreich und Belgien der Entsendung einer Mission von englischen Beamten und Vertretern des Stahls- und Eisenhandels in das Ruhrgebiet zur Prüfung dieser Frage zugestimmt hätten. Die englische Regierung habe angeregt, daß, falls über diese Stahls verfügt werden sollte, dies durch eine Art internationaler Verteilungsbehörde geschieht. Unter dessen sei vereinbart worden, daß die englische Regierung die vollständigen Informationen über alle von der französischen und belgischen Regierung zu erteilenden Ausführungen aus dem besetzten Gebiet erhalten würde. Die bisher von der französischen Regierung in ihrer Zone getroffene Regelung gehe dahin, daß die Vögen, die sie für die Ausfuhr von Stahl zu erteilen beabsichtige, den Stand des durchschnittlichen Exports im Jahre 1922 nicht überschreiten dürfe. Bisher hätten weder Frankreich noch Belgien bedeutende Mengen von Stahl im Ruhrgebiet beschlagnahmt. Was aber auf die Dauer viel ernstlicher sei, das wäre die Möglichkeit einer Vereinbarung zwischen den französischen und den deutschen Industriellen über die zukünftige Ausbeutung des Gebietes.

Thom Shaw gegen Mac Neill.

London, 17. Januar. (W.B.) In der gestrigen Unterhausdebatte über die Thronrede griff der Arbeiterführer Thom Shaw, der nach Mac Neill sprach, die Politik der konservativen Regierung scharf an. Er sagte, eine Politik, die dazu geführt habe, daß mindestens eine Million Menschen mehr unter den Waffen gehalten werden als im Jahre 1914, dürfe nicht fortgesetzt werden. Shaw behauptete, daß in der Thronrede nichts über die Anerkennung Rußlands gelangt werde. Je eher eine Regierung gebildet werde, die die britische Politik mit Bezug auf Rußland ändere, um so besser würde es für England sein. Shaw fragte, ob eine Fortsetzung der Politik gewünscht werde, die das Ansehen Großbritanniens auf einem niedrigeren Stand denn je gebracht habe.

Shaw erklärte weiter, es gebe keinen Mann und keine Frau auf den Bänken der Arbeiterpartei, die Feinde Frankreichs seien. Im Gegenteil müßten sie alle die herzlichsten Beziehungen zu Frankreich haben. Was meine jedoch Mac Neill, wenn er von einem Zusammenwirken mit Frankreich spreche? Dieses Zusammen-

wirken mit Frankreich gehe dahin, letzterem stets zu gefallen, das zu tun, was es wolle. Wann wäre Großbritannien je so tief gesunken, wie jetzt, da man ihm auf seine Vorschläge sage, wir werden Deine Vorschläge nicht erwägen. Dies sei kein Zusammenwirken. Es sei sicher richtig, Frankreich mit der größten Freundlichkeit zu sagen, England erwarte, daß es bei der Erörterung internationaler Angelegenheiten als vollkommen gleichberechtigt behandelt werde. Das bedeute nicht, die Entente zu brechen, es bedeute vielmehr, sie zusammenzukitteln. Nunmehr aber höre man kein Wort mehr über die Erwägung der britischen Erklärung über die Ungeheuerlichkeit der Ruhroperation Frankreichs. Die Politik Frankreichs im Ruhrgebiet habe Frankreich selbst nicht das gebracht, was es erwartet habe. Frankreich habe nicht die Reparationen erhalten, die es beanspruche. Europa sei vom Frieden weiter entfernt als im Jahre 1918. Wie lange solle das noch fort-dauern? Es würde kein Mangel an Freundschaft für Frankreich sein, wenn man sage, daß die gesamte Frage der richterlichen Entscheidung des Völkerbundes unterbreitet werden solle. Frankreich könne England keine Schulden bezahlen, weil es keine Reparationen erhalte; es könne aber zur gleichen Zeit anderen Nationen Geld für Rüstungsankaufe leihen. England könne Frankreich gegenüber ganz gut Vorstellungen in der Richtung erheben, daß dies nicht der beste Weg sei, um den Frieden zu sichern. Man behaupte, daß die Aktion Deutschlands durch den Wunsch eingegeben sei, seinen Verpflichtungen zu entgehen. Die Wahrheit sei, daß für die von den deutschen Durchschnittsarbeiter verdienten Löhne nicht mehr gekauft werden könne als der dritte Teil oder die Hälfte der Lebensmittel, die er vor 1914 dafür habe kaufen können.

Am Vorabend der Arbeiterregierung.

London, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Nichttrauensantrag der Arbeiterpartei wird bekanntlich heute nachmittag von Caines eingebracht und begründet werden. Sowohl die Konservativen wie auch die Arbeiterpartei hätten es vorgezogen, wenn die Abstimmung darüber bereits am morgigen Freitag hätte stattfinden können, aber die um ihre Auffassung befragten Liberalen waren der Ansicht, daß so zahlreiche Mitglieder ihrer Fraktion noch das Wort in der Debatte ergreifen möchten, daß ein Abschluß vor Montag nicht möglich sein würde. Es ist infolgedessen endgültig vereinbart worden, daß die entscheidende Abstimmung, die den Rücktritt der gegenwärtigen Regierung zur Folge haben soll, am Montag kurz vor Mitternacht stattfinden wird.

Die heutigen Morgenblätter prophezeien eine Mehrheit von 60 bis 70 Stimmen gegen die Regierung.

Bestern abend sprach einer der Führer der Liberalen im Oberhaus, Lord Beauchamp, in einer liberalen Parteiversammlung und erklärte u. a., daß es die Pflicht der Liberalen Partei sei, sich gegenüber den Bemühungen der Labour Party in der Regierung nicht nur fair-play-artig sondern sogar großmütig zu verhalten.

Die mit Bestimmtheit verlautet, dürfte Baldwin bereits am Tage nach seiner Niederlage im Unterhaus das Feld räumen und Macdonald die Regierung übernehmen. Eine der ersten Handlungen Macdonalds würde sein, das Parlament auf drei Wochen zu vertagen, um sich und den Mitgliedern seines Kabinetts die Möglichkeit zu geben, sich etwas in die Regierungsgeschäfte einzuarbeiten, bevor sie wieder vor dem Parlament erscheinen. Bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments soll der Etat für das Jahr 1924 durch Philipp Snowden, der allgemein als der kommende Schatzkanzler gilt, eingebracht werden.

Jaspar über die deutsche Frage.

Brüssel, 16. Januar. (W.B.) Der Minister des Auswärtigen erklärte während der Debatte über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen im Senat, die allgemeine Politik der Regierung werde vollkommen von der deutschen Frage beherrscht. Wir haben alles getan, um nicht in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Wir haben uns einfach bemüht, Deutschland zum Zahlen zu zwingen.

Der Minister gab dann seiner Hoffnung Ausdruck, daß Belgien, ähnlich wie mit Frankreich, mit England einen Defensivvertrag schließen werde und außerdem einen Vertrag zu Dreien, der den Frieden sichere. Sodann behauptete er, die Rüstungen des Deutschen Reiches überschritten bereits den vom Versailler Vertrag gezogenen Rahmen. Die Kontrolle der Entlohnung sei wesentlich, und Belgien werde alle in dieser Hinsicht nützlichen Maßnahmen entweder mit allen Mächten oder mit dem einen oder anderen von ihnen treffen, falls sie in dieser Frage uneins seien; denn es handle sich um die Sicherheit Belgiens.

Stille Börse.

An der heutigen Effektenbörse fehlte das Geschäft zunächst wieder schlagend und lustlos ein. Die Börse hielt sich anfanglich auf der gestrigen Höhe, denn trotz reichlicher Besetzung ein. Das Geschäft beschränkte sich in der Hauptsache auf die Börsenreise selbst. Mit einer gewissen Genugtuung konstatiert man, daß nach allen vorliegenden Nachrichten die allgemeine Wirtschaftslage, besonders der Beschäftigungsgrad der Industrie, sich von Woche zu Woche etwas bessert.

Die Geldmarktlage ist unverändert; tägliches Geld war heute mit 4 bis 1/2 Proz. zu haben. Im Devisenverkehr zeigte sich keine nennenswerte Veränderung.

Prager Bündnispolitik.

Von Rudolf Illong.

Prag, 15. Januar 1924.

Nachdem schon das französisch-tschechische Bündnis großes Aufsehen in ganz Europa hervorgerufen hatte, wurde den Beratungen der Kleinen Entente in Belgrad mit vermehrter Spannung entgegengesehen. Man behauptete, daß in Belgrad dieser Bündnisvertrag in eine Allianz der ganzen Kleinen Entente mit Frankreich umgewandelt werden soll und daß außerdem weittragende Beschlüsse über die rechtliche Anerkennung Sowjetrußlands herbeizuführen. Was die erstere Annahme anlangt, so wurde bereits mehrere Tage vor der Eröffnung der Belgrader Konferenz offiziell erklärt, daß in Belgrad zwar das französisch-tschechische Bündnis zur Sprache kommen werde, jedoch eine Erweiterung dieses Bündnisses auf Jugoslawien und Rumänien überhaupt nicht beabsichtigt sei.

Die Belgrader Konferenz hat in der Frage der Anerkennung Rußlands beschlossen, daß die Regierungen der Kleinen Entente abwarten wollen, welchen Standpunkt England und Italien in dieser Frage einnehmen werden. Im übrigen wurde den einzelnen Staaten freie Hand gelassen, und so kann ein jeder nach Belieben früher oder später mit Rußland verhandeln.

Der zwischen der Tschechoslowakei und Rußland bestehende Handelsvertrag ist nach den Worten des Außenministers Dr. Benesch bereits eine Anerkennung Rußlands de facto. Benesch ist aber auch ein eifriger Anhänger der Anerkennung Sowjetrußlands de jure. Voraussetzungen wird sehr bald nach der von Macdonald angekündigten Anerkennung Sowjetrußlands durch England auch die Anerkennung durch die Tschechoslowakei erfolgen.

Beneschs Plan ist die Schaffung eines Bündnisses in Europa, durch dessen gegenseitige Verknüpfung der Frieden gegen Störungsversuche der Reaktion gesichert wäre. Die Habsburger, Hohenzollern und Wittelsbacher betrachte man hierzulande als die Säulenfriede, gegen deren Restaurationspläne das Bündnis der Tschechoslowakei mit Frankreich gerichtet ist. Es ist dies also keine Eintreibung Deutschlands, sondern eine Abwehrmaßnahme gegen die den jetzigen politischen Zustand in Europa bedrohenden monarchistischen Umtriebe. Die Behauptung, daß die Tschechoslowakei in ein Vasallenverhältnis zu Frankreich getreten wäre und ihm gegen Deutschland in der Ruhr- und Reparationsfrage Hilfe leisten soll, ist eine lächerliche Erfindung. Das bisherige gutnachbarliche und korrekte Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland wird auch nach dem Abschluß des tschechisch-französischen Bündnisvertrages weiter aufrechterhalten werden, und an ihm wird diese Allianz nicht das geringste ändern.

„Die Tschechoslowakei verpflichtet sich in dem Vertrage mit Frankreich nur zur Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes in Europa und auf Grund dessen ist sie bereit, an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mit wem auch immer zu arbeiten“, erklärte Dr. Benesch zu den Journalisten in Belgrad. Ebenso wie mit Frankreich ist Benesch gewillt, ein ähnliches Bündnis mit England und Italien wann immer abzuschließen. Die auf der Belgrader Konferenz angekündigte jugoslawisch-italienische Annäherung hat sich nach der jetzt erfolgten Lösung der strittigen Fiumaner Frage zu einem Bündnis Jugoslawiens mit Italien verdichtet. Die Tschechoslowakei trachtet auch mit Polen nach der bereits zugunsten der Tschechoslowakei ausgefallenen Entscheidung über die Jaworino-Frage in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten, obwohl das französisch-tschechisch-polnische Bündnis eine eiferfüchtige Verstimmung in Warschau zur Folge hatte.

In Belgrad wurde auch die Sanierung der Finanzen Ungarns durch die Kleine Entente besprochen und über Kontrollmaßnahmen beraten, die angewendet werden sollen, damit Magyaren diese Anleihe nicht zu militärischen, gegen die Darlehensgeber selbst gerichteten Zwecken, sondern nur zum Aufbau seiner Wirtschaft verwende. Benesch begibt sich jetzt nach London, um dort diese Anleihe für Ungarn abzuschließen. Eine Erweiterung durch Griechenland wird die Kleine Entente nicht erfahren, abgesehen, wie in Belgrad betont wurde, sowohl mit diesem Staate als auch mit Bulgarien, mit dem Jugoslawien fortlaufend Differenzen hat, in ein freundschaftliches Verhältnis treten will.

Schon beim Bekanntwerden des französisch-tschechischen Bündnisses wurde Prag als eine französische Brücke nach Moskau bezeichnet. Wenn auch dieses Bündnis nicht auf einem solchen Plan aufgebaut ist, scheint es doch, daß eine derartige tschechisch-polnische Vermittlung Frankreich nicht unangenehm wäre, da es für diesen Fall von der Sowjetregierung die Anerkennung der zaristischen Schulden in Frankreich erhofft, wodurch der jetzt sinkende Frankfurter erheblich gestützt würde. Man behauptet auch, daß Moskau zu einer solchen Anerkennung der russischen Schulden sehr im Prinzip geneigt sei.

Obwohl einige romantisch veranlagten nationalistischen Politiker die baldige Ablösung der bolschewistischen Regierung in Rußland durch eine neue Zarenherrschaft prophezeien und vor der Anerkennung Sowjetrußlands durch die Tschechoslowakei warnen, ist die Mehrheit der Koalitionsparteien bereit, mit Rußland baldigst in geregelte diplomatische Beziehungen zu treten. Man hält die Sowjetregierung für stark genug, um

Adolf Ritter

Ein Herzschlag hat in der vergangenen Nacht den Genossen Adolf Ritter, Bürgermeister von Berlin, aus unserer Mitte gerissen. Erst am 31. Januar würde Ritter das 53. Lebensjahr vollendet haben. Unmittelbar vorher streckt ihn die Senke nieder...

Mit ihm schied einer der treuesten Verfechter der Arbeitersache aus dem Leben. Stammt er doch selbst aus der Klasse, der er seine Lebensarbeit gewidmet. Unter den ärmlichsten Verhältnissen aufgewachsen, in einer zweifelhafte Dorfschule „gebildet“, wurde er gegen seinen eigenen Wunsch genötigt, das Schneiderhandwerk zu erlernen. In diesem hat er bis zum Jahre 1898 gearbeitet, gleichzeitig aber innerhalb der Gewerkschaft und der Partei eine rege Tätigkeit entfaltet. Im Jahre 1899 wurde er von seiner Berufsorganisation zum Bevollmächtigten für Berlin gewählt. Er bekleidete diese verantwortungsvolle Stellung bis 1905, um dann von der Gewerkschaftskommission in das Arbeitersekretariat berufen zu werden. Hier hat er eine besonders regenreiche Tätigkeit entfaltet. Seine Erfahrung in sozialpolitischen Angelegenheiten — er war als Gewerkschaftsleiter, Mitglied des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt und in anderen sozialpolitischen Körperlichkeiten tätig — kam ihm im Arbeitersekretariat außerordentlich zu statten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen von 1907 wurde Ritter damals noch als „drittclassiger“ Vertreter der Sozialdemokratie im Kolen Hause gewählt. Neben der Sozialpolitik war die kommunale Betätigung sein eigentliches Feld. In der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung war er gewissermaßen zu Hause. Als nach der Revolution eine sozialistische Mehrheit auf Grund des neuen Wahlrechts ins Rathaus kam, wählte diese den Genossen Ritter zum Bürgermeister, der neben dem Oberbürgermeister die Leitung der vielfältigen Verwaltung Groß-Berlins zu führen hat. Seit dem 12. November 1920 — dem Tage seiner Einführung — hat Ritter dies verantwortungsvolle Amt ausgeübt. Nur knapp drei Jahre war es dem im rüstigen Mannesalter stehenden möglich, die umfangreichen Pflichten zu erfüllen, die das Amt ihm auferlegte. Denn in seiner Eigenschaft als Bürgermeister war er auch zum Vertreter der Stadt Berlin in den Reichsrat gewählt und mit zahlreichen Ehrenaufgaben betraut.

In der Partei hat die ruhige Sicherheit seines Wesens wie seine herzliche Kameradschaftlichkeit allseitige Anerkennung gefunden. Hatte er doch neben seiner vielfachen Arbeit für die Gewerkschaften immer noch Zeit, auch für die politischen Interessen der Arbeiterklasse vollen Eifer zu entfalten. Der sozialdemokratische Parteitag 1919 hatte ihn deshalb zum Beisitzer im Parteivorstand bestimmt. Als solcher hat er bis zu seinem Tode amtiert und der Partei wertvolle Dienste geleistet. Sein plötzlicher Tod, der ihn mitten aus der Arbeit fortriss, reiht eine Klaffende Lücke in unsere Reihen. Trauernd steht die ganze Partei, vor allem die Berliner Sozialdemokratie, an der Bahre eines ihrer treuesten Kameraden. Sein Andenken wird lange fortleben in den Herzen seiner Mitkämpfer!

Das Nachfolgende der Stadt Berlin gibt über den Lebenslauf des Verstorbenen folgenden Bericht:

Bürgermeister Hans Adolf Ritter wurde geboren am 31. Januar 1871 zu Breslau, als einziger Sohn des Schuhmachermeisters Ernst Ritter. Er wurde in St. Elisabeth zu Breslau evangelisch getauft und verlor schon neun Monate nach der Geburt seine Mutter. Hierauf kam Adolf Ritter 1874 zu seiner Großmutter in dem Dorfe Schmolken im Kreise Oels in Schlesien. Hier besuchte er von 1877 bis 1884 die zweiklassige Gemeindeschule, wo er vier Jahre in der ersten Klasse saß. Er wurde mit dem Zeugnis „lobenswert“ nach Berlin entlassen. Hier war er von 1884 bis 1888 Schüler der 62. Gemeindeschule und wurde wiederum mit einer Prämie der Stadt Berlin entlassen. Der Wunsch seiner Großmutter, ihn eine femininistische oder akademische Ausbildung zuteil werden zu lassen und sein eigener Wunsch, ein graphisches Gewerbe zu erlernen, war aus wirtschaftlichen Gründen nicht erfüllbar. Adolf Ritter mußte sich freilehren, er lernte das Schneiderhandwerk in Berlin und übte es bis 1898 aus. Daneben aber besuchte er schon von 1888 die Fortbildungsschule des Berliner Handwerksammervereins und hörte Vorträge über Rechts- und Staatsverfassung, Geschichte und kaufmännische Buchführung. Im Jahre 1891 ging er auf Wanderlust und kam 1895 nach Berlin zurück. Im Jahre 1898 wurde Adolf Ritter von seiner Gewerkschaftsorganisation als Sekretär, ein Jahr später zum ersten Bevollmächtigten ernannt. Diese Tätigkeit übte er sieben Jahre aus, um 1905 in die zentrale der Berliner Gewerkschaften überzutreten. Am 10. April 1907 wurde Adolf Ritter bereits zum Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, der er bis zur Wahl als Bürgermeister ununterbrochen angehört hat. Am 23. September 1920 wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung der neuen Stadt Berlin zum Bürgermeister, als welcher er in der Sitzung vom 12. November 1920 eingeführt wurde. Als Bürgermeister war Ritter Vorsitzender der Verkehrsdeputation und bearbeitete neben den allgemeinen Bürgermeistersachen insbesondere die sogenannten Gemeinnützigen Sachen, Repräsentationsangelegenheiten und war Mitglied des Organisationsausschusses sowie Vorsitzender der Personalkommission.

Trauerkundgebung im Rathaus.

Heute mittag um 12 Uhr trat der Magistrat in außerordentlicher Sitzung zu einer Trauerkundgebung zusammen. Der Oberbürgermeister gedachte in warmen Worten des verdienstvollen öffentlichen Wirkens, welches den Verstorbenen schließlich in das Amt des Bürgermeisters der Stadt Berlin geführt habe und ließ neben dem Schmerz um den entziffenen Arbeitsgefährten dem tiefen Dank für seine unermüdete Arbeit für die Stadt Berlin bewegten Ausdruck. Der Oberbürgermeister richtete nachstehende Worte an die Mitglieder des Magistrats:

Witten aus rastloser Arbeit, die stets eine Arbeit zum Wohle der anderen war, hat der Tod vor wenigen Stunden unseren lieben Kollegen und Freund, Bürgermeister Adolf Ritter, von unserer Seite gerissen. Die Stadt Berlin und der Magistrat beklagen den Verlust eines Mannes, der sehr schwer zu ersetzen sein wird. Aus eigener Kraftlich emporgingend, auf Berliner Schulen errogen, auf Berliner Fortbildungsschulen sich fortbildend, schon als junger Handwerker sich in heiligem Mißgefühl der Not der werktätigen Schichten bewußt, ausgerüstet mit hellem Verstand, begabt mit scharfem Blick für neue Wege zum öffentlichen Wohl, wurde Adolf Ritter ein Führer öffentlichen Lebens, den schon früh das Vertrauen seiner Freunde in die Leitung und an die Spitze ihrer Organisation berief. Sie alle wissen, was Adolf Ritter mit seiner Erfahrung und seiner klugen Umsicht in Rat und Tat für weite Schichten unserer Bevölkerung als Gewerkschaftssekretär, als Gewerkschaftsleiter, als Mitglied des Ausschusses der Landesver-

sicherungsanstalt Berlin und vor allem seit sechzehn Jahren als Stadtverordneter und schließlich als unbesoldeter Stadtrat und seit der Bildung des neuen Berlin als Bürgermeister geleistet hat. Unermüdetlich fleißig, ruhig besonnen, so häufig klug ermittelnd, sohen wir unseren Bürgermeister Ritter seinen vielen Amtspflichten nachgehen, welche die neue Stadt ihm auferlegte. Und immer wieder bewährte sich im Kampf der Meinungen sein Rat und die aufrechte Lauterkeit seines Wesens. Mit tiefer Trauer und herbem Schmerz erfüllt uns also heute sein plötzlicher Tod. Des Andenkens an Adolf Ritter wird in uns und in der Stadt Berlin nie erlöschen. Die Trauer von diesen Tausenden die er führte, die er beriet, denen er half und für die er arbeitete, wird ihm zu Grabe folgen.

Der Magistrat beschloß in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung, die Beisetzung des Bürgermeisters Adolf Ritter auf Kosten der Stadt vorzunehmen und zwar von der Stadthalle aus nach einer dort stattfindenden Trauerfeier. Der Stadtmedizinalrat Geheimrat Dr. Rabnow, Stadtrat Geheimrat Dr. Ludwig Hoffmann und Stadtrat Wege werden im Auftrage des Magistrats die Trauerfeier vorbereiten.

Alle Tage Schnee.

Man kennt die Redensart: „toujours perdrix“... alle Tage Rebhuhn — auch dieses fästliche Gerücht bekommt man über. So ist es auch mit dem Schneefegen, den uns bis jetzt — mit wenigen Ausnahmen — jede Nacht beherrschet hat. Glaubst du dein Haus heutzutage geföhrt zu haben, ist der Schnee schon in Hausen gefest, um weggefahren zu werden, so hast du am nächsten Morgen die Freude, daß die Arbeit von gestern von neuem zu beginnen ist. Wieder muß Schaufel und Besen in Bewegung gesetzt werden, und die Schneehaufen werden immer größer. Für den glücklichen Besitzer dieser Haufen entsteht nun die Frage: Wohin damit? Denn wo kein Garten ist, der den Schnee in unbegrenzten Dimensionen aufnehmen kann, bleibt die Abfuhr das einzige Mittel, um im Falle einer raschen Schneeschmelze einer Ueberflutung vorzubeugen. Neulich trafen wir unseren Bäckermeister, der mit seinem Gefährt zusammen Pferd spielte und einen großen Ackerwagen voll Schnee auf die nächste Wiese fuhr. Auch die Eisenbahn beladet, um die Weiler und Fahrsteige freizumachen, ganze Güterwagen mit dem fästlichen gefrorenen Roh und führt sie zur Entladung bis zur geeigneten Stelle außerhalb der Station. So hat der reiche Schneefegen dieses Winters auch auf dem Lande ökonomische Folgen — aber schön ist dieses Vergrabensein in der weichen Decke doch!

In Friedenszeiten haben stürz Schneefälle stets ein gewaltiges Loch in die Berliner städtischen Finanzen geschlagen. Der Magistrat konnte damals noch in volle Kassen greifen und ließ sich nicht lange nötigen, die Schneeburgen zu weischen. Jetzt ist das anders geworden. Man läßt die Schnee liegen, solange es irgend geht, und wartet auf die kostlose Hilfe der lieben Winter Sonne, die uns dann schnell den schon berühmt gewordenen Berliner „Reich“ beschert. Innerhalb weniger Tage ganze Wägenburgen aufschmelzen zu lassen, um den Schnee abzuwehen oder in die Flußläufe zu werfen, ist die Stadt nicht mehr imstande. Man schloß in alten Rechnungsbüchern nach und wird erstunken sein, was die Schneefahrt schon damals gefest hat. Heute würde die Verschwendung für den gleichen Umfang der Abfuhr noch viel mehr kosten. Die Berliner schimpfen natürlich noch allem Brauch über die legendären Schneeburgen und wünschen sich die Friedensmaßnahmen zurück, vergessen aber dabei, daß die Straßeneinigung jetzt auf Kosten der Mieter geschieht. Trotzdem muß wenigstens das Nötigste getan werden, damit nicht bei plötzlichem Tauwetter die Straßen und Plätze zum Morast werden. So wird die Heranziehung von Erwerbslosen zum Schneeschoppen recht häufig gefordert. Die Wochenunterstützung der Arbeitslosen ist allerdings immer geringer geworden und beträt genenüßig für Arbeiter ohne Kinder nur noch rund vier Schilling. Jedenfalls haben sich die Mieter auf einen kräftigen Aderlaß zur Erhaltung der Straßeneinigungskosten für die nächste Zeit gefaßt zu machen.

Auch nach dem heutigen stürz Schneefall ist vorläufig keine Milderung der Wetterlage zu erwarten. In der Lage des Hochdruckfeldes ist eine gewisse Beständigkeit zu erblicken, so daß mit dem Warten der Frostperiode, die jetzt ohne Unterbrechung etwa vier Wochen währt, zu rechnen ist.

Die Post im Landwehrtkanal.

Laucharbeiten in Schnee und Eis.

Werkwürdige Laucharbeiten bildeten heute vormittag an der Bendlerbrücke im Tiergarten ein Schauspiel für viele Neugierige. Veranlassung dazu gaben eigenartige Diebstähle, deren ein früherer Postbote Wilhelm Romak aus der Lühmstraße 81 überführt wurde. Romak deutete eine Gepllogenheit aus, die sich durch den Beamtenabbau bei der Post herausgebildet hatte. Die Briefsteller, die gleichfalls vermindert sind, haben jetzt größere Bestellbezirke und deshalb auch eine größere Menge Briefe mitzunehmen. Sie führen aus diesem Grunde außer ihrer gewöhnlichen Tasche gewöhnlich noch eine zweite mit sich, die in ihren Kreisen den Spitznamen „der Beiwagen“ erhalten hat. Dieser „Beiwagen“ ist oft ziemlich schwer, und um ihn nun nicht alle Treppen mit hinaufschleppen zu müssen, lassen manche Beamte ihn unten stehen, bis sie oben fertig sind. Diese bedenklliche Gepllogenheit war auch Romak bald bekannt. Wegen Schiedlichhabes im Dienst entlassen und verurteilt, bezog er die ihm bewilligte Bewährungsfrist, keine ehemaligen Kollegen zu besuchen. Während sie in den Häusern bestanden, nahm er ihnen den „Beiwagen“ weg, um seinen Inhalt für sich zu verwerten. Vorgefunden hatte ein Beamter das Mißgeschick, daß ihm in der Lühmstraße 81 zwei Pakete mit Einschreibebriefen gestohlen wurden. Er meldete sofort den Vorgang auf dem Amt, und der Verdacht fiel auf Romak, der in der Nähe wohnte. Sie fanden ihn in einem Lokal in der Bendlerstraße, nahmen ihn fest und brachten ihn nach dem Postamt, das ihn der Polizei übergab. Dem Referenten der Oberpostdirektion legte Romak nach langem Weigern endlich das Geständnis ab, daß er nicht nur diesen Diebstahl, sondern auch schon mehrere andere der gleichen Art verübt hat. Was er nicht vermerken konnte, habe er in die Kulis oder Kanalisation und auch an einer offenen Stelle an der Bendlerbrücke in den Landwehrtkanal geworfen. Man ludte diese Stelle mit Röhren gleich ab, ohne jedoch etwas zu finden. Jetzt beschloß man, einen Laucher zu Hilfe zu nehmen. Die Arbeiter benannten heute morgen, ohne daß sie bis zur Stunde einen anderen Erfolg hatten, als eine riesige Menschenmenge herbeizuladen.

Großfeuer in der Tabakfabrik Fagag.

Großfeuer in der letzten Nacht aus noch nicht feststehender Ursache in Reutal, Hermannstr. 29, zum Ausbruch. Die Feuerwehren von Reutal, Britz usw. wurden deshalb gegen und nach 10 Uhr nachts von sechs Seiten aus alarmiert. Als Branddirektor Prädloch an der Brandstelle erschien, stand die Tabakfabrik Fagag GmbH. in solcher Ausdehnung in Flammen, daß er Mittelfeuer an alle Wachen in Berlin melden ließ. Binnen kurzer Zeit waren einige 80 Fahrzeuge versammelt. Von allen Seiten wurde umföndend gegen den Brandherd vorgegangen und trotz Eis und Schnee mit acht Schlauchleitungen, von denen mehrere infolge des starken Frostes platzen ununterbrochen fräftig gelöscht. Die Flammen hatten an den Vorräten und der Einrichtung, Maschinenöl, Papier, und Packmaterial reiche Nahrung gefunden, so daß sie sich mit riesiger Schnelligkeit verbreiteten

und durch Stichtammen einige Male die Böschmannschaften gefährdeten. Erst gegen Morgen war jede Gefahr beseitigt. Die Aufräumungsarbeiten werden heute in Angriff genommen.

Hochbahnslegen.

Zu den an der Börse am meisten forcierten Papieren gehören neuerdings die Aktien der Hoch- und Untergrundbahn. Das hat zwei Gründe. Die Hoch- und Untergrundbahn hat ihr nominales Kapital von rund 100 Millionen Mark niemals veräußert, sie hat nur einmal eine zahlenmäßig unbedeutende Reparatur ihrer Obligationen und Umtausch gegen neue Aktien vorgenommen. Ihr Kapital ist also reines Goldkapital. Die Vorschriften des neuen Goldbilanzierungsgesetzes zwingen deshalb auch die Hochbahn nicht zu einer Zusammenlegung, wie sie bei den meisten deutschen Aktien erfolgen mußte. Außerdem geht das Geschäft gut. Bei den Börsen, die die Gesellschaft zahlt, ist es durchaus möglich und wahrscheinlich, daß sie wieder eine normale Friedensdividende von 4 bis 5 Proz. zahlt, wenn nicht mehr. Eine Hochbahnaktie wird deshalb zu den ersten deutschen Industriepapieren gehören, die auch dem gewöhnlichen Aktienbesitzer und nicht nur den Kreisen der Vermögen etwas bringt. Kein Wunder, daß die Hochbahnaktie gesucht ist und heute mit rund 350 Mark bezahlt wird.

Um so mehr sollte das Publikum von der Gesellschaft eine anständige Bedienung des Verkehrs verlangen, zu der die Gesellschaft durchaus in der Lage ist. Die Wagenüberfüllung in der Hochbahn ist ein Skandal. Eine Verdichtung der Zugfolge von 5 auf wenigstens 3 Minuten in den eigentlichen Verkehrszeiten ist technisch ohne weiteres möglich, der Wagenpark der Gesellschaft reicht dazu aus. In den Zeiten nach dem Krise konnte man vielleicht verstehen, wenn die Aufsichtsbehörden ein Auge zudrückten. Jetzt, wo der Betrieb der Gesellschaft wieder durchaus rentabel wird, sollte das Polizeipräsidium als Aufsichtsinstanz unter allen Umständen einschreiten, und eine bessere Bedienung des Berliner Verkehrs unbedingt erzwingen. Die Gesellschaft ist leistungsfähig. Die Söprogenige Erhöhung der Verkehrsrate bei fast dreifacher Wagenbenutzung schafft genügend Mittel, die dem Verkehr zugute kommen müssen.

Schacher am offenen Sarge.

Zu welcher unerhörten Robei die Schacherpolitik der bürgerlichen Parteien im Berliner Rathaus sich verweigert, beweist eine Verhandlung, die heute mittag zwischen dem demokratischen Stadtrat Wege und dem Führer der Demokraten Herrn Werten statigefunden hat. Herr Wege wies den demokratischen Fraktionsvorsitzenden darauf hin, daß der Tod des Bürgermeisters Ritter doch eine neue Situation geschaffen habe und daß seine politischen Freunde nunmehr wahrscheinlich jeden bürgerlichen Kandidaten für den Posten des Stadtverordnetenvorsethers schließen würden, wenn die Demokraten ihnen jetzt schon den Posten des Bürgermeisters zuließen.

Bürgerliche Parteien schachern also über den Posten eines noch keine 12 Stunden lang verstorbenen Mannes, um dadurch ihre Kuhhandelpolitik eines sogenannten Bürgerbieders fördern zu können. Ein tieferes moralisches Niveau einer Politik, wenn dafür das Wort nicht zu schade sein sollte, kann es sicherlich nicht geben. Wir würden die ganze Angelegenheit für unglaubwürdig halten, wenn sie nicht durch untrügliche Information aus dem Rathaus selbst stammte. Die Berliner Bevölkerung weiß jetzt jedenfalls, aus welchen Motiven heraus die Vertreter bürgerlicher Parteien im Rathaus die wichtigsten Posten zu besetzen bereit sind. Sie wird hoffentlich die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen.

Kinderhilfe der Bankangestellten!

Ein Akt internationaler Brüderlichkeit und Solidarität.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, der seit langem besonders intensive internationale Beziehungen unterhält, hat gemeinsam mit dem Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Oesterreichs eine Kinderhilfe organisiert, auf Grund deren heute bereits der dritte Kindertransport nach Oesterreich abgehandelt wird. Dort finden erholungsbedürftige Kinder von Bankangestellten aus Berlin, Chemnitz, Leipzig, Nürnberg und München in dem Erholungsheim der Anglobank in Lans (Tirol) für die Dauer von drei Monaten kostenlose Aufnahme. Ebenfalls hat die Angestelltenchaft der Creditanstalt ihr Erholungsheim am Kapeller See in Kärnten zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt. Dort haben 70 Bankangestelltenkinder Aufnahme gefunden. Es ist beabsichtigt, dieses Hilfswerk auf so breite Basis zu stellen, daß möglichst aus allen größeren deutschen Städten Bankangestelltenkinder aufgenommen werden können. Dieses großartige Werk brüderlicher Solidarität wird ergänzt durch namhafte Spenden der Bankangestellten in der Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz und der Skandinavischen Bankangestellten, die es ermöglichen, die oft recht dürftig ausgestatteten Kinder mit warmer Kleidung, Wäsche und bestem Schuhwerk zu versehen. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß der Verband der Bankangestellten Oesterreichs im vergangenen Monat als Weihnachtspende für bedürftige gewerbliche Bankangestellte dem Allgemeinen Verband einen ganzen Wagon wertvolle Lebensmittelpakete zugeleitet hat. Diese praktische Solidarität beweist wie tief der Gedanke internationalen Zusammenkommens und internationaler Hilfsbereitschaft in der Bankangestelltenbewegung Wurzel geschlagen hat. Sie dokumentiert gleichzeitig den glänzenden freigeistlichen Geist und den großen Opfermut der außerdeutschen Bankangestelltenorganisationen.

Der Mieterbund Berlin-Steglitz e. V., Vorst. Röhler, 1, hält am Freitag, den 25. Jan., abends 8 Uhr, in der Aula der Oberrealschule Berlin-Steglitz, Elternrat, seine Generalversammlung ab. In dieser soll auch die Gründung eines Mieterwählervereins für Kommunalwahlen in Anregung gebracht werden. Ferner wird über den Stand der Goldmieten berichtet werden.

Ein große öffentliche Mieterversammlung findet Freitag, den 18. Januar abends 8 Uhr, im großen Saale des Wittenbergplatzes, Berlin-Wilmersdorf 1, Wilhelmstraße 114/115, veranstaltet vom Mieterverein des Groß-Berliner Steglitz, statt. Die Referenten sind Dr. Starck und Dr. Walter Göbel werden über aktuelle Mieterfragen, insbesondere Goldmieten, Abbau des Mieterausdrucks, Untermiete usw. sprechen. Näheres bringen die Wilmersdorfer Anschlagtafeln.

Neue Erdstöße in Japan. Einem Telegramm des „Exchange Telegraph“ zufolge wurden gestern früh gegen 4 Uhr in der Gegend von Sendan in Japan neue Erdstöße festgestellt. Der Bevölkerung bemächtigte sich wieder Schrecken. Der Sachschaden ist sehr beträchtlich. Der Professor Nakamura habe erklärt, daß stärkere Erdbebenstöße noch während dieser Monate eintreten und erst allmählich ihre Heftigkeit verlieren werden. — Nach einer Meldung aus Bogota wurden gestern früh in Süd-Kolumbien und an der Grenze von Ecuador zwei heftige Erdstöße, die von unterirdischem Donner begleitet waren, beobachtet. Schwer betroffen von dem Beben wurden Ipiales, Guaca und Tumaco. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Die Einwohner flüchteten in wilder Panik aus ihren Wohnungen und verbrachten die Nacht auf den Feldern aus Furcht vor neuen Erdstößen.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

1. Abt. Freitag abend 1/2 8 Uhr: Eisenbahnersammlung in der Aula der Oberrealschule Steglitz. 15. Thema: Schnee in Rot. Referent: Siegfried Röhler und Lehrer Roth.

Gewerkschaftsbewegung

„Fort mit dem Tarifsystem!“

Die letzten Hüllen fallen!

Der Arbeitgeber müßte täglich erscheinen. Seine Mitarbeiter können der Mühe entgehen, in ihrer Ungeduld auf das Erscheinen ihrer Vorgesetzten, diese jedoch auszugeweihten in der Schwerindustrie des Tagespreises zu veröffentlichen. Nach dem Bekanntwerden einer solchen Seite gegen die Arbeitszeitverordnung und den Tarifvertrag (siehe Nr. 23 des „Vorwärts“) bringt jetzt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (16. Januar) aus einem für die „Arbeitgeber“ bestimmten Appell an die Deutschnationale, den der Syndikus der Vereinigung der Arbeitgeberverbände Dr. H. Weisinger ergehen läßt, einen Auszug: „Gegen den Tarifvertrag“.

Dem Niederreiten des „schematischen“ Achtstundentages folgt das Niederreiten des „schematischen“ Tarifvertrages.

„Freie Wirtschaft“ auch auf dem Arbeitsmarkt, kein Tarifzwang, „freies Spiel der Kräfte“, damit die Freiheit, die die Unternehmer meinen, den Herrn im Hause wieder zu voller Geltung kommen läßt. Nachdem Dr. Guggenheimer in der Kammer seines Vorbildes König Stumm bereits offen ausgesprochen hat, daß dem Unternehmertum die ganze Richtung einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr paßt, haben die Ausführungen des verbindlicheren Dr. Weisinger von vornherein an Interesse eingebüßt. Der Syndikus der Arbeitgeberverbände zeigt sich besorgt darum, daß das Pendel nun nicht auf einmal wieder zu weit nach der anderen Seite ausschlägt, damit erneuten Anlauf zu einer Reaktion gehend und so die ruhige und stetige Entwicklung hemmend, deren kein Volk nötiger bedarf als das deutsche. So angenehm der Unterschied auch in der Tonart klingen mag, die Offenheit des Scheinraus läßt klarer sehen, wohin die Reise geht. Guggenheimer plagt sich nicht damit ab, daß die Scherwägerei eine starke Reaktion in den Kreisen der gesamten Arbeitnehmererschaft zwangsläufig auslösen muß, er will die Konjunktur genützt wissen. Weisinger aber appelliert an die Gewerkschaften, Hand in Hand mit den Arbeitgeberverbänden „den Boden für eine neue Arbeitsgemeinschaft zu finden, den Tarifsystematismus im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu beiliegen, wirtschaftlich vernünftige Arbeitsbedingungen für die tarifvertragliche Regelung zu finden und das Reichsarbeitsministerium von vollkommen falschen Begriffen über staatliche Autoritätsaufgaben abzubringen“.

Dem Reichsarbeitsministerium wird vorgeworfen, es habe von vornherein in die Entwicklung des Tarifvertrages durch seine auf Tarifzwang eingestellte Politik zerstörend eingegriffen. Tarifverträge um jeden Preis, Schlichtungsverfahren in allen Fällen und ein Tarifvertrag als obligatorisches Ergebnis des Schlichtungsverfahrens erstrebt. Die neue Schlichtungsverordnung stelle das staatliche Eingreifen in die Tarifpolitik mit an erste Stelle, wodurch die Möglichkeit einer verständigen Entwicklung tariflichen Schlichtungsverfahrens beseitigt, der staatliche Schlichtungsapparat in weitem Umfang den Tarifinstanzen übergeordnet sei.

Das Reichsarbeitsministerium, das in letzter Zeit zumal für das Unternehmertum soviel getan, daß ihm zu tun kaum noch etwas übrig bleibt, ist in über Eile. Nicht lange mehr, und die Unternehmer werden auch seinen Abbau fordern. Will es sich nicht selber abbauen, wird es den Unternehmerwünschen nie vollaus gerecht werden können, wie diese es von ihm verlangen.

Zu was noch Arbeitsgemeinschaft, an der man festhalten will, wenn man sie überall da ausschalten will, wo es sich um das Wohl der Arbeitnehmererschaft dreht, sie nur dazu gebrauchen will, am einseitig die Unternehmerinteressen zu verteidigen.

Das Pendel hat schon sehr weit „nach der anderen Seite“ ausgeschlagen.

Arbeitszeit und Volksbildung.

Die Volkshochschule, die Volkshöhne und der Bühnenmusikbund von Düsseldorf schreiben uns:

Überall hat sich in der Nachkriegszeit die Erkenntnis durchgegriffen, daß mit der politischen Umwälzung auch eine Verschärfung des Schwerpunktes in unserem gesamten Kulturleben erfolgen mußte, daß nur durch Beteiligung der breitesten Volksschichten am geistigen Leben der Bestand unserer nationalen

Kultur und die Grundlagen unserer Verfassung gesichert werden können.

Die geistigen Voraussetzungen einer wirklichen, durch die Verfassung festgelegten und auch von rechts bis links anerkannten Demokratie, welche alle Volksschichten zur praktischen Mitarbeit an den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten in Staat, Ländern und Gemeinden anzuregen hat, sollen erst durch eine in diesen Jahren tätige Volksbildungsschule geschaffen werden. Gerade in der Zeit, in der die ersten erfolg- und glückverheißenden Anfänge durch Schaffung von Bildungsmöglichkeiten sichtbar werden, bangen die deutschen Arbeiter und Angestellten, nicht zuletzt auch die mittleren und unteren Beamten um eine ihrer wesentlichsten Erregungsquellen: man beilegt den Achtstundentag.

Vom Standpunkte der Volksbildungs- und Volkshochschularbeit, vom Standpunkte jedweder Kulturarbeit überhaupt, welche zur geistigen und damit auch zur wirtschaftlichen Erleuchtung der breiten Masse in immer wachsendem Umfange gefordert wird, muß die Aufhebung des Achtstundentages sogar als Verrat an der vom Volk sich selbst gegebenen Verfassung bezeichnet werden. Es ist für die von geistigen Bedürfnissen erfassten Hand- und Arbeiter schon bei einem achtstündigen Arbeitstag infolge der außerordentlich weit getriebenen Arbeitsteilung und Mechanisierung im Wirtschaftsleben sehr schwer möglich, Kraft und Geistigkeit für geistige Arbeit in Abendstunden, für Einarbeitung in die Probleme unserer Wirtschaft, unserer Volksgemeinschaft und unserer staatlichen Organisationen aufzubringen. Fällt der Achtstundentag zugunsten einer zehnstündigen täglichen Arbeitszeit, die in Wirklichkeit eine zwölf- und vierzehnstündige Fesselung bedeutet und den Arbeitnehmer zum Kostgänger in seiner Familie macht, so ist an eine wirklich tiefgründige geistige Betätigung der Arbeitnehmererschaft schlichthin nicht mehr zu denken, und alles, was an Volksbildungs- und Volkshochschularbeit seit den Tagen der neuen Verfassung aufgebaut ist, ist dahin.

Die Unterzeichneten, welche als die berufenen Vertreter der in Düsseldorf gestifteten Volksbildungsarbeit nicht weniger als fünfzigtausend Menschen in Kulturorganisationen fest zusammenschließen, halten es für ihre Pflicht, ihre warnende Stimme zu erheben und den lauteften Protest einzulegen, auch weil sie mit weitestgehenden Arbeitgebertreue überzeugt sind, daß gerade eine geistig hochstehende Arbeitnehmererschaft die besten Pioniere sind für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens.

Tariferneuerung für die Gasarbeiter.

Die dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angehörenden Gasarbeiter nahmen am Mittwoch in einer zahlreich besuchten Versammlung in der „Brauerei Königsplatz“ durch Gehner einen Bericht entgegen, dem folgendes zu entnehmen ist: Mit dem 1. Januar 1924 sind die Gaswerke wie auch die Elektrizitätswerke eine Aktiengesellschaft geworden. Die in den Gaswerken beschäftigten Arbeiter haben nun ihr Schicksal selbst zu gestalten. Bestehende Verträge werden von der neuen Gesellschaft übernommen. Zur Aufbesserung der sehr niedrigen Löhne wurden mit der Direktion Verhandlungen geführt, die zu keinem auch nur annähernd befriedigenden Ergebnis führten. Die Festlegung der Arbeitszeiten läßt sehr zu wünschen übrig. Nur für einige Gruppen besteht noch die Sechsstundenschicht. Die Direktion beharrte darauf, daß gleichzeitig mit der Lohn- und Arbeitszeitfrage auch die Frage des Manteltarifs gelöst werden müsse. Für die Betriebsarbeiter wurden siebenmal acht Stunden Arbeitsleistung gefordert. Die Direktion machte Anfang Januar in einem Schreiben an die Organisation ein Angebot von 44 Pf. Stundenlohn und betonte besonders, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit unbedingt erforderlich sei. Unter keinen Umständen konnte die Organisation einer 55stündigen Arbeitswoche ihre Zustimmung geben. Das letzte Lohnangebot der Direktion liegt 46 Pf. Stundenlohn vor. Für die Kohlen- und Koksarbeiter war man bereit, eine geringe Zulage zu zahlen, wenn dafür bei den Handwerklern Abstriche erfolgen würden. In der Frage der Arbeitszeit versuchte die Direktion mit allen Mitteln Verschleierungen für die Arbeiter durchzuführen. Nur der aufopferungsvollen Arbeit der Organisation ist es zu danken, wenn grundsätzlich am Achtstundentag festgehalten werden konnte. Die Frage der Akkordarbeit hat bei allen Verhandlungen eine große Rolle gespielt. Bei der Ueberstundenbezahlung will sich die Direktion auf den Reichsmanteltarif berufen, jedoch sollen dort bestehende Verbesserungen nicht in die Vereinbarungen aufgenommen werden. Die Gewährung von Krankengeld und Unfallunterstützung

hat eine Verbesserung gegenüber dem Reichstaxi gebracht. Eine besondere Verschlechterung macht sich bei der Urlaubsbewährung geltend. Das Reichstaxi in ungenügender Richtung in der jetzigen Form nicht aufrecht erhalten zu können. In der Frage des Schlichtungsausschusses, der Anrechnung der Dienstjahre und anderer Dinge bleiben die alten Verhandlungen bestehen. Der Tarif soll wieder auf ein Jahr abgeschlossen werden und wird dann auch für Elektrizität- und Wasserwerke maßgebend sein. Der Redner hat zum Schluß, Fingerzeige zu geben, wie die nächsten Aufgaben bewältigt werden sollten, und darum in den Kreisen der Organisation wieder mehr Rührigkeit zu suchen. Bei Einleitend wurde es mündlich die Anträge auf die Rechte der Arbeitererschaft abgewekelt.

Nach eingehender Diskussion fand der nachfolgende Antrag einstimmige Annahme:

„Die Vollversammlung der Gaswerke, u. a., fordert von der Kommission, daß sie unter keinen Umständen über die 48-Stundenwoche bei Schichtarbeitern inkl. Pausen hinausgeht. Bei den übrigen Arbeitern und Handwerkern darf die Arbeitszeit 48 Stunden nicht überschreiten. Auch an dem Jubiläumswortrecht darf in seinem Grundrhythmus nicht gerüttelt werden. Jede Akkordarbeit wird abgelehnt.“

Auf Beschluß der Versammlung soll es bei der Urlaubsregelung „Arbeitstage“ heißen.

Achtung, Bekleidungsarbeiter!

Zu unserer Notiz unter vorstehendem Titel in Nr. 21 vom 15. Januar erhalten wir unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Berichtigung:

Es ist falsch, daß ich den Anschein erwecke als ob ich Beiträge für die Mitbestimmung lasse.

Richtig ist, daß ich ehrenamtlich Beiträge im Auftrage der von der Mitbestimmung eingesetzten Kommission lasse und ebenso wie die Kassiere: Vilsenhal und Kallberich ausdrücklich aufmerksam mache, daß es sich um Sperrbeiträge handelt.

Martin Grobis.

Wir geben dieser „Berichtigung“, die ausdrücklich bestätigt, daß die von Grobis, Vilsenhal und Kallberich lasierten Beiträge dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband entgegen zu kommen werden, um so lieber Raum, als damit jeder Zweifel über die uns Wert getehte kommunistische Spaltung behoben ist. Wer also dem übermäßig gewordenen Unternehmertum Hilfe leisten will, der zahle seine Beiträge an die Genannten.

Betriebsräteschule.

In der zweiten Februarwoche beginnt ein neuer Unterrichtsabschnitt unserer Schule. Kurse finden statt im Zentrum, Südböden, Norden und Osten Berlins, ferner in Spandau, Köpenick, Neukölln und Wilmersdorf-Schöneberg. Unterrichtsgebiete sind: Arbeitsrecht, Betriebslehre und Volkswirtschaft sowie allgemeine Fragen der Arbeiterbewegung. Vorgesessene können sich an den beiden Seminaren „Arbeitsrecht“ und „Volkswirtschaftslehre“ beteiligen. Anmeldungen für die Seminare werden nur im Bureau der Betriebsräteschule entgegengenommen. Lehrpläne und Hörerkarten für die übrigen Kurse werden in den Ortsverwaltungen der Arbeiter- und Angestelltenvereine und im Bureau der Betriebsräteschule (Engelke 24/25, 2. Hof, 1) ausgegeben. Vortragsabende finden am Montag und Freitag von 4-7 Uhr sowie im Bureau des Ortsvereins Berlin des West-Bundes, Belle-Alliance-Str. 7/10, Montag und Freitag von 5-7 Uhr. Nicht nur Betriebsräte und Funktionäre, sondern alle Kollegen und Kollegen die Kurse besuchen. Arbeiter! Angestellter! Werbt in Euren Betrieben für den Besuch der Schule!

Freiengewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Der Kampf in Rheinland-Westfalen.

Wie aus Essen berichtet wird, scheiterten die letzten Lohnverhandlungen zwischen dem Arbeiterverband der nordwestlichen Gruppe und den drei Metallarbeiterverbänden. Die Metallarbeiter wollten eine größere Spanne zwischen dem Lohn der Hilfsarbeiter und dem der Facharbeiter schaffen. Die Metallarbeiterverbände haben für Freitag den Reichs- und Staatskommissar zum Schlichtungsanspruch angetreten.

In der Textilindustrie des Münchener-Gladbacher Bezirks ist es nach dem gleichen Maße getrennt zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern der Textilindustrie zu einer Einigung gekommen. Die Arbeitszeitfrage soll im Sinne der neuen Arbeitszeitverordnung geregelt werden, nötigenfalls durch Schlichtungsanspruch, dem sich beide Teile unterwerfen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Götter; Gewerkschaftsbewegung: F. Schuler; Funktionen: R. A. Götter; Polizei- und Sozialwesen: Fritz Kutschke; Nachrichten: H. Götter; Redaktion: Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 2.

Ständiges Lager
v. u. über
150 Standuhren
in allen
Hetz- und Stillarten
Schritt, Garantie
Büro- u. Ladenuhren
Wand- u. Küchenuhren
Stopp- u. Antenuhren
Glocken-, Lärmschuhren
14 Karat Gold-Armband-
Uhren-Uhren sowie
Hörers-Uhren
Gold, Trauringe
Juwelen, Silber-
kisten nach Gewicht
Alpaka-Bestecke
Karl Wutke
Uhrmachermeister
Juvallidenstr. 16
Ecke Gartenstraße
(Stell. 891)
Gegr. 1920
v. 120 Goldmark an

Achtung! Wiederverkäufer!
Ich war der billigste und bleibe der billigste bei bekannter rechter Bedienung!
Marken-Zigaretten!
Mantel, Reemtsma, Josetti, Wenzel, Konstantin, Batschari usw.
Zigarren nur erst-er Häuser!
Rauch-, Kan- und Schnupftabake
Mühlentischstraße 24
Winkel, 1920
M. 1921-2

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität stets
vorrätig, nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankl. Allee 202
Nähe Jahnh. Lichtenb. Friedhof
Teleph. Lichtenberg 3322

Stechwunde, Nägelwunde, Sticht.
Sofortiger Gummiband, Schiene, Gips,
u. s. w. für Handl. vorrätigste Rabatte.
Nur unter Tagespreis
Günter, Deutschstr. 15, Reich 62.

Freitag, Sonnabend, Montag **grosse Mengen**

RESTE

und Abschnitte fabelhaft billig

Auf 4 Sondertischen im Erdgeschoss

Tisch 1
hemdentuch
Roh-Nessel
Bettamast
Stangenleinen
Bunte
Bettzeuge
Handtuchstoffe

Tisch 2
Schürzen-
siamosen
Schürzenwarp
Schürzendruck
hemdenbarchent
Kleiderbarchent
Rockbarchent

Tisch 3
Kleiderstoffe
Washmuffelin
Blusenstoffe
Schotten
Halbtuche
Kleiderleinen

Tisch 4
Gardinen
Wachstuche
Bänder
Spitzen
Stickerleinen

Warenhaus

Ury

Gegr. A.-G.
Swinemünder Strasse 86
Strassenbahn 99, 41, 4. Ringhöl. Gesundheitsbrunnen
Hochbahn Danziger Strasse

Ein **Steingut** mit kleinem Fehlern zu **Sonderpreisen**

Marken-Zigaretten
Tabak-Zigaretten Garbay, Halsaus,
Constantin, Karmirly,
Avramikar, Moratti, q-bab u. Tagespr.
Arno Gebner, Tabakwaren-
Großhandlg.
Werktstr. 21, Teleph. Moabit 2114
Inhaber: Heinrich Gebner

Außergewöhnlich billig
Speise-, Herren-, einzimmer
Küchen, Gobelinsgarnituren
Eventl. Zahnarztstühle und
J. Krause, N. Hauptstr.
10 48



Das
Gesundheitsbuch der Frau
Von Prof. A. Grotzahn
Mit 100 Bildern
Preis Goldmark 2,-
J. H. W. Dieß Köpf, G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2